

„In Vielfalt geeint“ (EU-Wahlspruch) pluribus unitis.

Workshop Stephan Best 2005

Die Europa-Strategien des deutschen Kapitals und seiner Interessenvertreter

Anlass zu einer neuerlichen Betrachtung historische Fakten und Zielprojektionen der Traditionslinien deutscher Außenpolitik war eine Kontroverse, die sich scheinbar harmlos am Rande zwischen dem renommierten und auch in Kreisen deutscher Politikberatung nicht unbekannten Historiker Prof. Hans U. Wehler und Innenminister Schily bei Frau Christiansen. Obwohl der Professor lediglich vor einer Überdehnung und der Gefahr einer Verlangsamung des EU-Integrationsprozesses bei einer Vollmitgliedschaft der Türkei mit allen dazugehörigen Rechten gewarnt hatte und so ganz nebenbei die Behauptung anhängte, die Bundesrepublik verfolge mit ihrer Türkeipolitik ohnedies alte wilhelminische Großmachttraditionen. Hierauf erntete der Historiker und Autor mehrerer Standardwerke zum Thema Imperialismus empörte Zwischenrufe von Seiten Schilys mit den Worten und so jemand sei Historiker und Professor.

Was nun ist dran an dieser Traditionsbildung? Eine Betrachtung der Pläne der Akteure und Fakten der durch seine sog. Mittellage offenbar immer wieder zu geopolitischen Ausdehnungsphantasien veranlassten außen- und wirtschaftlichen Großmachtgelüste einflussreicher Kreise und Sachwalter deutscher Industrieinteressen drängt die Annahme einer solchen Kontinuität geradezu auf.



Kaum dass sich nach dem Wiener Kongress und dem Sieg über Napoleonische Fremdherrschaft so was wie ein zartes Pflänzchen deutsch-kleinstaatlicher Industrialisierung im Rheinland und in Württemberg sehen lässt, plädiert 1834 und 1841 Friedrich List, der

'Vater der deutschen Nationalökonomie' und Gründer des ersten Industriellenverbands in Deutschland in einer Denkschrift für einen

Zollverein, dem alle der fast 40 einzelnen Staaten, zumeist Fürstentümer mit dem Recht zu eigener Außenpolitik, dem Deutschen Bund beitreten mögen. In Verbindung zu Interessen württembergischer und rheinischer Industriellenkreise, die an Schutzzöllen nach außen interessiert sind, macht er darüber hinaus den Versuch die Mitglieder des Dt. Bundes mit ökonomischen und völkischen Argumenten zum Handeln zu bewegen. Nach innen ein Liberaler lassen seine Markt- und Raumfantasien Unmäßiges erkennen:

Holland 'als abgetrennte Provinz' müsse dem 'Haus des deutschen Bundes' wieder einverleibt werden; eine Zollunion über Österreich in die Länder Südosteuropas in Richtung Schwarzes Meer müsse gebildet werden, ein forcierter Ausbau des Eisenbahnnetzes ermögliche ungehinderte Marktausdehnung und damit eine kontinentaleuropäische Vormachtstellung Deutschlands gegen Frankreich und Russland. Seine Begründung 'ganz Asien in Zucht und Pflege' zu nehmen ist bereits deutlich von völkischer Arroganz durchdrungen. In diesem ganzen Länder und Völkerchaos finde sich 'keine einzige Nationalität, die der Erhaltung und Wiedergeburt werth und fähig wäre'.¹

Bereits vor seiner nationalstaatlichen Einigung geht der an Marktausweitung orientierte Blick von Teilen des aufstrebenden Bürgertums weit über klein- oder großdeutsche Territorialgrenzen hinaus. Eine nähere Betrachtung solcher Visionen und Forderungen lässt bei aller Verschiedenheit der Interessen und ihrer ökonomischen Begründungszusammenhänge erstaunliche Kontinuitäten und geopolitische Gleichförmigkeiten erkennen, die z.T. fünf verschiedene staatspolitische Systeme (vormärzliche Kleinstaaterei, zweites Kaiserreich, Weimarer Republik, Nationalsozialismus und BRD) überdauern. Mit Reinhard Opitz kann bei den deutschen Kapitalinteressen und deren Akteuren auch von einer ‚Kontinuität in ihrer Beweglichkeit‘ gesprochen werden.

Einen etwas anderen Weg, aber ähnlich wie sein Vorbild List, schlägt der Nationalökonom Wilhelm Roscher eine Ableitung der damals im Deutschen Bund herrschenden relativen Überbevölkerung vor und weist ihr erwünschtere Richtungen. Statt lediglich nach USA zu migrieren und dort um eher subalterne Arbeitsmöglichkeiten zu konkurrieren plädiert Roscher in Kolonistenmanier für eine Umleitung deutscher Auswanderungsströme nach Südosteuropa (Ungarn, Moldau, Wallachei, Bulgarien und Nordküste von Kleinasien) und für eine friedliche Eroberung fruchtbarer, dünn besiedelter Teile Ungarns, polnischer Provinzen von Österreich und Preußen, Teilen der Türkei, welche in Zukunft (...) das Erbe Deutschlands bilden sollen. Hier könne sich auf friedlichem Wege ein neues Deutschland bilden, das an Größe, Volkszahl und Reichtum das alte Deutschland überträfe.²

Nach geglückter Reichseinigung im Krieg gegen Frankreich und nach - wenn auch ‚verspätet‘ erfolgter – Gründung 1871 desselben und der durch eine Depressionskrise 1878 ausgebremsen Gründereuphorie nehmen

jedoch völkische Agitationstöne zu. Angefacht und medial breiter gestreut werden solche Ideen durch die Alldeutsche Bewegung, die sich 1890/91 zum Verband formiert. Ein 'Modernes' Lobbying, finanziert durchs Großkapital wird der Verband zu einer Art Clearingstelle für Medienarbeit: Agitation, Flugschriften zur Beeinflussung der Öffentlichkeit flankieren einen vereinzelt, bereits nach den Regeln des Korporatismus funktionierenden, Einbau von Verbandsrepräsentanten in die staatliche Mechanik der Willensbildung. Dies alles übrigens noch lange bevor von einem demokratischen Parlamentarismus gesprochen werden kann. Der Gründer des ADV Hugenberg (Krupp-Direktor), von Hasse (Vors.), später Heinrich Claß sichern die Dominanz schwerindustrieller und großagrarischer Kreise mit dem Bund Deutscher Landwirte, der rheinisch-westfälischen Grundstoffindustrie und rekrutieren ihre Anhängerschaft im Besitz- und Bildungsbürgertum. In den Alldeutschen Blättern und in Denkschriften fordern diese Kreise einen Bund Germanischer Staaten, den Zusammenschluss aller germanischen Rassen des Nordens; die Einigung Mitteleuropas sei eine gebieterische Forderung, die in der Luft liege. Militärisch wird eine völlige Neuordnung der Erde angestrebt. Nach einem Krieg, der die „Eroberung des Ostens“, „Begründung eines deutschen Riesenreiches durch Aufteilung und Zerschlagung des Russischen Reiches“, die „Umsiedlung, Germanisierung und Eindeutschung“ sowie eine „Umzüchtung der Ostvölker“ begleitet von deutscher Kolonisation, deutschem Gewerbefleiß und deutscher Bildung herbeiführt, soll das geistig niedriger stehende Völkergemisch in ‚unserm Südosten‘ assimiliert und weiterentwickelt werden.³

In den Veröffentlichungen der Alldeutschen verquicken sich preußischer Militarismus, Kolonialagitation, völkisch-antisemitisches Denken, mitteleuropäisches Großraumdenken mit imperialistischem Streben nach einem ‚Platz an der Sonne‘ für das Kaiserreich Wilhelms II. All das ergibt die Begleitmusik zu einem Wettrüsten, welches durch die deutsch-britische Flottenagitation noch mit angeheizt bewusst und sehenden Auges von den politischen Akteuren des Kaiserreichs zur Provokation der Julikrise 1914 genutzt wird.⁴

Dass es innerhalb der politischen Eliten unterschiedliche Strategien gab, gegen welche europäische Großmacht vordringlich und in welcher Reihenfolge zu Felde zu ziehen wäre, gegen Frankreich und danach England oder gegen die ‚Russische Walze‘ ist von nach geordnetem Interesse für die Bewertung.

Nach einer internen Sondierung bei Staatssekretär Delbrück, welche Regierungsabteilungen und Militärs seinen Kriegszielen folgen würden, formuliert Reichskanzler Bethmann Hollweg am 9. September 1914 die folgenden Kernziele: Sicherung des Deutschen Reichs nach West und Ost auf erdenkliche Zeit. Zu diesem Zweck müsse Frankreich so geschwächt werden, dass es als Großmacht nicht neu erstehen kann, Rußland solle

von der deutschen Grenze nach Möglichkeit abgedrängt und seine Herrschaft über die nichtrussischen Vasallenvölker gebrochen werden. Belgien solle zu einem Vasallenstaat herabsinken, in etwa militärisch wichtigen Hafenplätzen sei ein Besatzungsrecht zuzugestehen, seine Küste militärisch zur Verfügung zu stellen und wirtschaftlich solle das Land zu einer deutschen Provinz werden. Außerdem wird die Gründung eines mitteleuropäischen Wirtschaftsverbandes durch gemeinsame Zollabmachungen, unter Einschluß von Frankreich, Belgien, Holland, Dänemark, Österreich-Ungarn, Polen und eventl. Italien, Schweden und Norwegen gefordert. Dieser Verband, wohl ohne gemeinsame konstitutionelle Spitze, unter äußerlicher Gleichberechtigung seiner Mitglieder, solle aber tatsächlich unter deutscher Führung stehen. Neben dieser Mitteleuropa-Strategie sehen die Kriegsziele des Reiches die Schaffung eines zusammenhängenden mittelafrikanischen Kolonialreichs vor.

Tatsächlich sind es nicht nur konservative und großagrарische Kreise, die an einer Mitteleuropa-Strategie stricken. Auch sozial-liberale und nationalliberale Kreise hegen Großmachtfantasien: Friedrich Naumann, Georg von Siemens (Chef der Deutschen Bank), Robert Bosch, AEG-Chef Walter Rathenau sind sich einig, dass am Ende des Krieges ein von Deutschland geführter "mitteleuropäischer" Wirtschaftsbund stehen müsse, der die Kernstaaten Deutschland und Österreich-Ungarn sowie als angegliederte Gebiete der zweiten Stufe Holland, Belgien, die Schweiz, Serbien, Montenegro, Bulgarien und Rumänien umfassen solle. Allerdings ist die Motivation dieser Raubstrategen eine andere als die der Alldeutschen: sind doch ohne Raub keine sozialreformerischen Maßnahmen zur Integration breiter Schichten möglich.

Bei informellen Gesprächsrunden dieser Persönlichkeiten kommt es zum Rückgriff auf Strategien, die im Umfeld der neueren Industrien (v.a. der chemischen Industrie und Elektroindustrie) entwickelt worden waren; die Schrift "Mitteleuropa" wurde im Deutschen Reich zum Bestseller. Man gibt sich gemäßigt „christlich“, „sozial“ in der Selbstdarstellung und grenzt sich ab vom extremen Chauvinismus des ADV zur Gewinnung der arbeitenden Schichten für nationalistische Ziele.

Zu dieser sozialimperialistischen Motivation gesellt sich eine klassisch imperialistische: die der Rohstoffsicherung. "Sehr wichtig wäre [...] für diese Sicherung des Erdöls...die Hinausschiebung der türkischen Grenze zwischen dem Schwarzen und dem Kaspischen Meer bzw. zur Kammhöhe des Kaukasus derart, daß die Halbinsel Apscheron mit dem Erdölgebiet Baku in die Türkei fällt."⁵ Deutlich ist hier, wie selbstverständlich der türkische Verbündete – ähnlich wie zuvor Österreich – zur Plattform für weitere geostrategische Begehrlichkeiten wird.

Als gegen Ende des Krieges ein Siegfriede mit Annexionen in immer fernere Weiten gerät und angesichts der Defacto-Diktatur der Obersten Heeresleitung und der Kriegsmüdigkeit weiter Schichten der Ruf nach parlamentarischer Mitgestaltung nicht mehr zu überhören ist, wälzt das Kaiserreich 1918 die Verantwortung eines Waffenstillstands auf eine neue

politische Führung ab. Flexibel passt sich die letzte Regierung des Kaiserreichs in einer Denkschrift des Prinzen Max von Baden (letzter Reichskanzler des deutschen Kaisers Wilhelm II.) an den in Streiks und Meutereien sich manifestierenden Zeitgeist an. Zusammen mit dem Kreis um F. Naumann, auch Hans-Delbrück-Kreis genannt, (Th. Heuss, Max Weber, Friedrich Meinecke, Golo Mann u.a.) lässt sich die militärische Stelle im Auswärtigen Amt, dem auch Arthur von Gwinner (Deutsche Bank) angehört, wie folgt vernehmen:

„Will der deutsche Imperialismus dem Ansturm der Demokratie mit ihrem Anspruch auf Weltverbesserung Stand halten, so muss er sich ethisch fundamentieren. [Denn] mit dem reinen Machtanspruch kann die Demokratie mühelos fertig werden. [Darum] müssen wir allgemeine Menschheitsziele in unseren nationalen Willen aufnehmen ...Die demokratische Welle droht die Grundlagen jedes Imperialismus wegzuspülen. Diese Drohung ist besonders gefährlich für den deutschen Imperialismus; er existiert noch nicht, er soll erst geschaffen werden...“⁶

Angesichts revolutionärer Bewegungen der Arbeiterbewegung, Massenstreiks und des Drucks des US-Präsidenten Wilson 1917, dass der neue mächtige Kriegsgegner nur mit demokratisch legitimierten Regierungen zu verhandeln gedenke, müssen die allgemeinen Menschenrechte, v.a das Selbstbestimmungsrecht der Völker, die nationale Einheit und die Hilfe für andere Völker als neue Legitimationsgrundlage für Expansionspolitik erhalten: damit gelingt eine Demagogisierung machtpolitischer Ziele. Diese werden allerdings nicht nur von den Offizieren des zusammenbrechenden Kaiserreichs unverhohlen weiterverfolgt.

„Wir müssen wieder mächtig werden, und sobald wir wieder Macht haben, nehmen wir uns natürlich alles wieder zurück, was wir verloren haben.“⁷

Interessant ist auch, wie rasch so ein scheinbarer Paradigmenwechsel sich vollzieht. Noch ein Jahr zuvor konnte angesichts der strauchelnden Großmacht Russland seine Filettierung propagiert werden als

„einziges, auf längere Sicht hin zuverlässiges Heilmittel gegen panslawistische Außenpolitik die »Zerlegung des russischen Kolosses in seine natürlichen und ethnographischen Bestandteile«: Finnland, die Ostseeprovinzen, Litauen, Polen, Bessarabien, die Ukraine, den Kaukasus, Turkestan und einen Rest, bestehend aus »Moskowien« und Sibirien.“⁸

. Man könnte geneigt sein solche Äußerungen als abseitige Fantasterei eines abenteuerlichen Politikers abzutun. Vergleicht man sie jedoch mit Forderungen einschlägiger Eingaben und Denkschriften aus der deutschen Schwerindustrie so rundet sich das Bild schnell ab:⁹

„Rußland muß uns die Ostseeprovinzen, vielleicht Teile von Polen und Dongebiet mit Odessa, die Krim sowie asowsches Gebiet und den Kaukasus abtreten, um auf dem Landwege Kleinasien und Persien zu erreichen...Vielleicht ist diese letzte Aufgabe zu groß und unerreichbar, wenn ich auch der Meinung bin, daß gerade der Kaukasus mit Rücksicht auf

seine bedeutenden Erzschatze für Deutschland unentbehrlich ist. Der Kaukasus ist noch heute das Land, welches die größte Produktion an Manganerzen hat, das zur Herstellung von Stahl unumgänglich notwendig ist. Der Besitzer dieser Erze wird mehr oder weniger die Stahlproduktion Amerikas, welches schon heute einen grossen Teil seines Ferromangans von Deutschland bzw. von England bezieht, von sich abhängig machen, das heißt im Preise beeinflussen können."

Es geht nicht mehr allein darum sich bestimmter Bodenschätze selbst zu bedienen, das Diktieren von Preisen und abhängig machen anderer Großmächte durch den eigenen Besitztitel bzw. das Verfügungsrecht darüber ist ein erklärtes Ziel, welches sich keine 90 Jahre später beim Erdöl wiederholen wird.



Große Teile des kaiserlichen Generalstabs, der ehem. Obersten Heeresleitung und der Industrie passte das System Weimar von Anfang an nicht. Neben einer baldigen Revision des Versailler Friedensvertrags waren auch sozialpolitische Errungenschaften der Revolution zu revidieren. Die Strategien unterschieden sich lediglich darin, welche Wege zu einer offensiveren Machtpolitik in Europa einzuschlagen wären.

Abbildung 1 http://www.hu-berlin.de/presse/zeitung/archiv/02_03/num_5/wifo.shtml

Ein wesentliches Mittel der "stillen Diplomatie" in der Zeit von 1919 bis 1933 zur Aufrechterhaltung der Großraumansprüche war die großzügige geheime Finanzierung deutscher Minderheiten in Ost- und Südosteuropa. Als Lobbyorganisation zur Realisierung deutscher Großraumpläne wurde 1925 die Deutsche Gruppe des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages gebildet. Direkt nach der Weltwirtschaftskrise 1929/30 entstanden in diesen Kreisen - und nicht erst, wie vielfach angenommen, nach 1933 unter nationalsozialistischer Herrschaft - die neueren Pläne einer jetzt auch offen so genannten "Deutschen Großraumwirtschaft". Diese zielten auf eine langfristige Unterordnung und Kontrolle weiter Teile Ost- und Südosteuropas durch den Abschluss bilateraler devisenloser Austauschverträge. Erste Verträge wurden bereits 1931/32 abgeschlossen. Sie verfuhr nach dem Grundsatz: Deutsche Industrieerzeugnisse im ungleichen Tausch gegen ost- und südosteuropäische Agrarprodukte und Rohstoffe.

Nach 1933 darf diese Zurückhaltung allerdings wieder aufgegeben werden. Als Hauptakteure einer neuerlich ganz offen auftretenden Großraum- und Annexionspolitik erweist sich hier das Kartell der chemischen Industrie, der I.G. Farben. Ganz stolz kann so auch vom Chef der Abteilung für die Chemie-Industrie im Wirtschaftsministerium zugegeben werden im Herbst 1936: „Der Vierjahresplan war praktisch ein I.G.-Plan.“ Dieser Plan auch als ‚Krauch-Plan‘ bezeichnet, sollte bekanntlich die Kriegsfähigkeit des Dritten Reiches vorbereiten und sicherstellen. Der Plan brachte die I.G. Farben-Industrie, die seinerzeit auch schon den Präsidial-Diktator Brüning gefördert hatte in herausragende Stellung und Einfluss. Nach Kriegsbeginn bestätigt sich dann, wie hier im Klartext:

„die höchsten Gewinne [...] verspricht der von den Okkupationsbehörden unterstützte offene oder durch formelle Kauf- und Pachtverträge verschleierte Industrieraub.“¹⁰

Ausgangspunkt zur Verwirklichung dieser Interessen „sollte die Unterwerfung und wirtschaftliche Durchdringung Europas sein.“ Um jenen „IG-Farbenblock von Bordeaux bis Odessa und weiter“ entstehen zu lassen, mußte also die faschistische Armee kriegsbereit gemacht werden. Schon vor dem eigentlichen Kriegsbeginn gelingt die Einverleibung konkurrierender Unternehmen. Nach dem Einmarsch in Österreich wird der Generaldirektor der Skoda-Werke (in Donau Chemie AG umbenannt) Wetzler in Schutzhaft genommen und die kommissarische Leitung des Unternehmens an die IG-Farben gegeben. Strategisch wird Ost- und Südosteuropa die Rolle eines ‚Ergänzungsraums‘ zugedacht, dem die Versorgung der deutschen Bevölkerung mit ausbleibenden Agrar-Importen aus Übersee zukommt.¹¹

Angesichts des sich abzeichnenden Scheiterns dieses 2. deutschen Raubkriegs, der in einen Weltkrieg mündete, treten ihre größten Nutznießer beizeiten zumindest erst mal verbal den geordneten Rückzug an. Der Aufsichtsratsvorsitzende der zur IG Farben gehörenden Donau Chemie AG Richard Riedl schlägt denn auch vor, ein auf dem "Zusammenschluss freier Nationen" beruhendes "Kontinentaleuropäisches Wirtschaftssystem" zu gründen.

"Wenn die Schaffung des europäischen Grossraumes, die vom Führer wiederholt als Ziel unserer Politik proklamiert wurde, in Form eines Wirtschaftsbündnisses durchgeführt werden soll, setzt dies allein schon unsere Absicht voraus, den nationalen Bestand der besetzten Gebiete und auch der kleinen Völker in ihrer staatlichen Selbständigkeit nicht anzutasten."¹²

Fast wortgleich, dem Geiste nach identisch den Einsichten des Jahres 1918 soll wohl eine Politik fortgesetzt werden, die nahtlos in eine Außenpolitik sich einfügt, die fürs erste auf militärische oder machtpolitische Instrumente und Hebel verzichten muss. Eine Gelegenheit zur offenen Formulierung raumpolitischer Interessen sollte sich erst nach einigen Jahren der Rekonstruktion und der Geduld bieten. Angesichts des durch Marshallplan, Währungsreform und West-Integration begünstigten

Wiederaufbau der BRD und des im 2. Weltkrieg von Nazideutschland verwüsteten Westeuropa, stellte sich den USA die Frage:

"Wie sollte Deutschland in die Lage versetzt werden, seine ökonomische Rolle in Europa zu spielen, ohne sein überlegenes Wirtschaftspotential zur Rückgewinnung einer hegemonialen Stellung nutzen zu können?" Die USA setzten darauf, Deutschland zur Integration in die Einigung Europas zu verpflichten, um einen dritten nationalen Alleingang auszuschließen. In diesem Sinne unterstützten sie die Gründung der Montanunion, später auch der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Gemeinschaften (EG).¹³

Aus dem Aufsatz von Herbst geht zudem hervor, dass es Deutschland gelang, wirtschaftlich in besonderem Maße von der europäischen Einigung zu profitieren.

Tatsächlich scheint von der in Maastricht beschlossenen europäischen Wirtschafts- und Währungsunion, vor allem Deutschland profitieren. Denn sie (die Union) nimmt den teilnehmenden Staaten die Möglichkeit, im internationalen Konkurrenzkampf nationale Abwehrmechanismen anzuwenden, und stellt somit "eine Beschränkung der staatlichen Souveränität der Mitgliedsländer und Aspiranten dar, die immer zugunsten des ökonomisch Stärksten" - eben zugunsten Deutschlands - "ausfallen muß und wird." Die Erweiterung der EU in Richtung Osten wird dann der ökonomischen Beherrschung Osteuropas durch Deutschland den Weg freimachen.¹⁴

Neben dieser Dominanz auf ökonomischem Gebiet tritt spätestens seit den



Kriegsbeteiligungen Deutschlands auf dem Balkan erneut das geopolitische Motiv:

"Im 'great game' um die Region", so die Süddeutsche Zeitung, "geht es nicht nur um die Ausbeutung der beträchtlichen Ressourcen - es geht auch darum, über wessen Staatsgebiet die Pipelines führen, mit denen Gas und Öl nach Europa transportiert werden. Wer die Röhren kontrolliert, sichert sich politische Vormacht und Devisen."¹⁵

Allerdings treten bisweilen hinter den raumpolitisch agierenden oder militärisch planenden Akteuren hin und wieder auch ökonomische Begründungen recht offen und ungeschminkt zu Tage. So weist zum Ende seiner Amtszeit Karlheinz Kaske mit deutlicher Sprache den Weg für den global player Siemens: Mit den Kooperationen in Osteuropa verfolge der Konzern zwei Strategische Ziele:

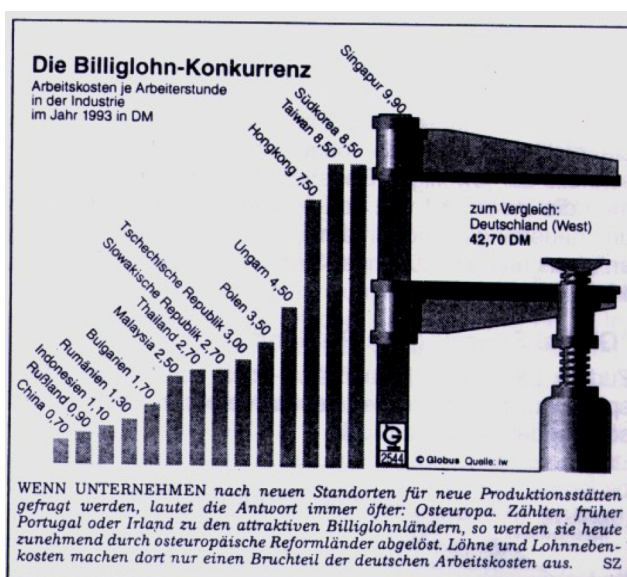
Erstens sollen Kooperationen den Zugriff auf neue Märkte, insbesondere in Osteuropa verschaffen.

Zweitens bräuchte Siemens Niedriglohnstandorte, in denen

„wir so kostengünstig produzieren können, dass sich die Produkte auf den kaufkraftschwachen Ostmärkten absetzen lassen.“

(Karlheinz Kaske seit 1981 Vorsitz des Siemens Vorstands bis 1992 aus Redemanuskript 1992 Hauptversammlung Siemens)

Diese Äußerung ist nicht nur interessant vor dem Hintergrund der ‚richtigen Aufstellung‘ von Unternehmen wenige Jahre nach dem Scheitern und der Auflösung des von Russland dominierten Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe, sie wirft auch exemplarisch ein Licht auf Unternehmen, die osteuropäisches Lohndumping und Qualifikationspotentiale zu Konkurrenz Zwecken nicht nur auf den Kaufkraft schwachen Märkten zu nutzen verstehen. Die zunehmende Verlagerung von Arbeitsplätzen in sog. Billiglohnländer wird für gewöhnlich in den Mainstream Medien zum alternativlosen Gesetz des Überlebens in der globalisierten Welt stilisiert. Beim Kalkül der Wirtschaftsakteure jedoch spielen außer den genannten Standortvorteilen freilich noch ganz andere nüchterne ökonomische Gesetzmäßigkeiten eine Rolle, die eher verdeckt werden von solchen Zielperspektiven auf den Weltmarkt:



„Die Personalkosten liegen in der CSFR gerade bei fünf bis 10 Prozent von denen in Deutschland. Die Leute sind gut ausgebildet, und es gibt dort eine gewachsene Industriekultur. Wenn wir jetzt noch die Produktivität steigern und die Qualität auf unser Niveau erhöhen, dann haben wir dort eine fast unangreifbare Wettbewerbsposition – und zwar für den Weltmarkt.“¹⁶

Aus der Perspektive jener Länder, die auf diese Weise in den Akkumulationskreislauf des Kapitals geraten werden solche Produktionsverlagerungen in der Regel zunächst als Innovations- und Modernisierungsschübe auf- und angenommen. Allerdings sind diese nicht Ursache sondern Folge einer Krise des bestimmten Akkumulationsmodells in den post-fordistischen Industrie-Metropolen. Diesen geht darüber zwar zunehmend die Lohnarbeit aus, was in zunehmendem Maße durch alle Schichten hindurch als manifeste Krise der Erwerbsgesellschaft wahrgenommen wird. Der Zusammenhang dieser Krise mit Maßnahmen des Kapitals¹⁷ und seiner Sachwalter in den Konzernetagen dem Sinken der Profitrate dadurch entgegen zu wirken, indem der Anteil (billigerer) lebendiger Arbeit an der organischen Zusammensetzung des Kapitals bei seinem Verwertungsprozess erhöht wird gegenüber dem Anteil von Maschinen etc., verschwindet hinter vermeintlicher Willkür von internationalen Unternehmensverlagerungen und Outsourcing-Prozessen. Ganz schnell werden sich auch Länder, wie ehemals Irland und Portugal, im Konkurrenzdruck inzwischen attraktiverer Billiglohnländer wieder finden: wenn nicht die Ukraine als Standort lockt, dann vielleicht die Länder mit nur ca. 50 Cent Stundenlohn und nur einem Anteil der Ausgaben für das Gesundheitswesen von nur ca. 1% des BIP wie China.

Was geschieht mit diesen Gewinnen und welchen Zwecken dient ihre private Aneignung ? Dies lässt sich vereinfachend an zwei Feldern zeigen: Zum einen lassen sich damit Kriegskassen der Konzerne füllen, mit denen dann (un)freundliche Übernahmen oder Fusionen in mehrfacher Milliardenhöhe finanzieren lassen. Zum anderen - und das ist kein Widerspruch - zu Beteiligungen und Fusionen - wandert überschüssiges Kapital in Form von Aktienbeteiligungen in Anlagebereiche, in denen eine Verzinsung von bis zu 20% und darüber lockt. Solche Anlagesphären finden sich bekanntlich meist in durch Steuern finanzierten Sonderwirtschaftszonen beispielsweise irgendwo in Osteuropa also gewissermaßen im europäischen Hinterhof oder in einer der zahllosen weltweit gestreuten Steueroasen. Dieses Thema gehört aber nicht mehr zum Rahmen dieses Beitrags.

Dieser Tendenz allerdings dürfte langfristig weder durch nationale Appelle an das soziale Gewissen von CEOs noch durch Sonntagsreden an die Adresse von Vorstandsvorsitzenden beizukommen sein. Das zumindest so lange, als jene neoliberalen Maßnahmen sowie die damit einhergehenden Opfer von Blut Schweiß und Tränen als alternativlos von den Menschen hingenommen werden.

Bleibt zum Schluss die Frage nach den strategischen Alternativen, nach denen sich sowohl die Sicherung der Restbestände des Erdöls durch die Hegemonialmächte USA und Europa als auch die militärische Befriedung der eigenen Interessenssphären mit störungsfreien Abläufen entwickeln wird. Wird die EU zu einer Weltmacht mit eigenständigen ‚robusten‘ militärischen Optionen zur Flankierung ihrer ökonomischen Machtentfaltung oder ‚nur‘ eine ‚Weltmacht in Reserve‘ als Vasall der USA?

Angesichts von Erfahrungen zweier Weltkriege, die von deutschem Boden ausgingen, muss ein Verfassungsvertrag, der den Startschuss zu sanktioniertem Aufrüsten sämtlicher Mitgliedstaaten gibt, muss eine klare Absage gegeben werden. Auf keinen Fall dürfen die EU, weder ihre Armeen noch ihre Battlegroups zu Instrumenten der Europäischen Union als ganzes oder eines Kerneuropas werden, welches sich bei einem Scheitern der Union nicht weniger an ökonomischer und militärischer Macht orientierte. Wenn in beiden Fällen - egal ob als Rivale oder Vasall - Deutschland auf Grund seines zu erwartenden wirtschaftlichen und sozialen Drucks Richtungweisend würde für die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik Europas, dann dürfte Prof. Hans Ulrich Wehler Recht behalten, wenn er vor der Neuauflage eines Imperialismus warnt, der wie der Wilhelminische Europa und die Welt in eine Art 30jährigen Krieg verstrickte. Über dessen Drahtzieher und Profiteure ist glücklicherweise die Quellenlage inzwischen ebenso geklärt wie sie es angesichts der Lügen ist, die den Balkan, Afghanistan und den Irak mit mörderischen Kriegen überzogen.

Andererseits dürfte, die Perspektive eines Juniorpartners im never ending war on terrorism beim gegenwärtigen Szenario mit noch abzuarbeitenden Schurkenstaaten (Irak, Iran, Korea, China (?)) auf längere Sicht nicht die hinreichende Unterstützung von Seiten der europäischen Bevölkerungen erhalten, zumal bei diesen Konflikten ein Einsatz von atomaren Waffen von der US Administration ausdrücklich nicht ausgeschlossen wird. Was der Senior-Partner USA aber noch inszenieren wird, um sich seiner NATO-Gefolgschaft bei künftigen weltweiten Einsätzen zur Sicherung des Imperiums und zur Teilung ihrer Einsatz- und Folgekosten weiterhin versichern zu können, bleibt abzuwarten.¹⁸

Dass also geostrategisch motivierte Weltmachtpläne in mörderische Kriege münden können und dies auch werden, sobald sich nationale oder supranationale politische Akteure (EU, NATO, WTO, UN etc.) zur militärischen Neuverteilung oder Sicherung von Einflussphären instrumentalisieren lassen – hoffe ich – konnte gezeigt werden. Ob sich die jeweiligen Akkumulationserfordernisse national wie global agierender Kapitalkräfte mit ‚friedlicher‘ Durchdringung und informeller Herrschaft werden herstellen lassen oder ob ihnen militärisch nachgeholfen werden wird lässt sich nach den Erfahrungen des vergangenen 20. Jahrhunderts jedenfalls nicht positiv beantworten. Der kurz vor seiner Ratifikation stehende EU-Verfassungsvertrag jedenfalls in seiner derzeitigen Fassung sowie das European Defence Paper lässt den Verfasser dieses historischen Längsschnitts befürchten, dass dieses Europa sich längst schon davon verabschiedet hat eine reine „Zivilmacht“ werden zu wollen. Auch gegen die zukünftigen Kriege dieses Imperiums in statu nascendi¹⁹ und ihre Triebkräfte wäre breiter Widerstand angesagt: no pasarán!

¹ Friedrich List Das nationale System der politischen Ökonomie (1841) In: Schriften, Reden, Briefe Band VII, hrsg. von Friedrich Lenz - Neudruck Aalen 1971;
Eine gute Übersicht mit einschlägigen Zitaten findet sich bei: Linda Schneider Europastrategien des deutschen Kapitals von 1840 bis 1945 ISW-Report Nr. 23, München 1995

² Wilhelm Roscher Nationalökonomische Ansichten über die deutsche Auswanderung, Stuttgart, Tübingen 1848
zit. n. Opitz 1977 S. 75

Linda Schneider Europastrategien des deutschen Kapitals von 1840 bis 1945 ISW-Report Nr. 23, München 1995
S.3

³ Hasse, Ernst Großdeutschland und Mitteleuropa 1895 ; in: Opitz, Europastrategien des deutschen Kapitals, S.116)

H. Claß [Fryman] Wenn ich der Kaiser wär. Ders.: „Denkschrift betreffend die national-, wirtschafts- sozialpolitischen Ziele des deutschen Volkes im gegenwärtigen Kriege“ September 1914

⁴ Die Debatte um den Hauptanteil Deutschlands an der Schuld für die planvolle Entfesselung des Ersten Weltkriegs kann nach der sog. ‚Fischer-Kontroverse‘ als geklärt angesehen werden. In seinem für die deutsche Historikergunft Epoche machenden Buch: Griff nach der Weltmacht Hamburg 1961 belegt er eindrücklich, dass weder ein Präventivkrieg noch Fatalismus oder nur eine erhöhte Kriegsrisikobereitschaft Deutschland in den WK I. haben hineinschlittern lassen. Triebkräfte waren jene von den entsprechenden Kreisen klar benannte Kriegsziele. Ergänzende Quellen führt er an in Ders. Juli 1914: Wir sind nicht hineingeschlittert . Das Staatsgeheimnis um die Riezler-Tagebücher Hamburg 1983

<http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/Kriegsgeschichte/Welcome.html>

Aus: Europastrategien des deutschen Kapitals 1900-1945, Hrsg. Reinhard Opitz. Köln 1977

<http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/Kriegsgeschichte/eichholtz.html>

⁵ Der Berghauptmann Dr. Schmeißer bezog sich in einer Denkschrift an das Reichskolonialamt vom November 1915 auf die Bedeutung des kaukasischen Erdöls für die deutsche Industrie, das Heer und die Marine.

Schmeißer, Denkschrift an das Reichskolonialamt vom November 1915. Zit. nach

Rathmann, Lothar, Stoßrichtung Nahost 1914-1918, Berlin 1963, S. 65 und

Klaus Thörner Deutscher Kaukasusimperialismus in: Wider den Zeitgeist: Analysen zu Kolonialismus, Kapitalismus und Imperialismus, S. 148 ff., Bibliotheks- und Informationssystem der Universität Oldenburg, Oldenburg 1996

⁶ Mogk, Walter, Paul Rohrbach und das "Größere Deutschland". Ethischer Imperialismus im

Wilhelminischen Zeitalter, Goldmann-Verlag, München 1972, S. 19.

Reinhard Opitz 1977 , S. 32

⁷ General Hans von Seeckt, in: Carlebach, Emil - Hitler war kein Betriebsunfall. Hinter den Kulissen der Weimarer Republik: Die vorprogrammierte Diktatur. Ffm. Röderberg Vlg. 1978 S.26 Ebenso bei Foreign Policy

<http://www.german-foreign-policy.com/de/hist-archiv/dgw.php> 5.03.2005

⁸ So Paul Rohrbach, Wissenschaftler, "Forschungsreisender", Kolonialpolitiker und während des Krieges Mitarbeiter in der Nachrichtenstelle für Auslandsdienst, einer Spionageorganisation des Auswärtigen Amtes. Auf Rohrbach geht auch die sog. Orangentheorie zurück, die ein Auseinanderlegen Russlands in seine Nationalitäten vorsieht. Eine Republik Transkaukasien solle gebildet werden , die Ausplünderung Russlands i.R. des Friedensvertrags von Brest Litowsk 1917 sollte damit garantiert sein.

⁹ Eingaben der deutschen Stahlindustriellen an Regierungsstellen, u.a. am 28. August 1915 eine Denkschrift der Firma Krupp über die "Bedeutung des Manganerzbaues im Kaukasus" an die Reichsregierung und am 7. Februar

1916 eine umfangreiche Denkschrift Emil Kirdorfs und August Thyssens über "Die Interessen der deutschen Stahlindustrie in dem Mangangebiet von Tschiatura".

ZStA Potsdam, AA, Volkswirtschaft Rußland, Nr. 2094, Bl. 112-119.

Zit. Nach:

Benneckenstein, Horst: Die Transkaukasien-, insbesondere die Georgienpolitik des deutschen Imperialismus vom Beginn des 20. Jahrhunderts bis zum Ende des ersten Weltkrieges, phil. Diss., Jena 1975, S. 167

¹⁰ Berthold Puchert: Fragen der Wirtschaftspolitik des deutschen Faschismus im okkupierten Polen von 1939 bis 1945 mit besonderer Berücksichtigung der IG-Farbenindustrie AG (Dissertation); Berlin 1968, S. 27
<http://www.hausarbeiten.de/faecher/hausarbeit/p15/24536.html> 01.03.2005

¹¹ Über den Versuch eine Hegemonialstellung Deutschlands in Europa auf diesem Wege anzustreben sagt Gustav Schlotterer, der sog. Neuordnungsfachmann im Reichswirtschaftsministerium auf einer Pressekonferenz seines Ministeriums vom 24. 07. 1940:

"An lebenswichtigen Produkten muß so viel wie möglich in Deutschland und in dem von Deutschland beherrschten Wirtschaftsraum Europa erzeugt werden. ... Unser Ziel ist es, den Wirtschaftsverkehr und den Warenaustausch immer mehr auf Deutschland hinzulenken. Alle Waren müssen über den deutschen Markt laufen. Damit erhalten wir genaue Kontrolle. Im übrigen müssen auch die Wirtschaften unserer Handelspartner privatwirtschaftlich so mit den deutschen Interessen verflochten werden, daß diese Staaten, selbst wenn sie wollen, aus diesen Bindungen und Abhängigkeiten nicht mehr herauskommen. (...) Im einzelnen müssen wir in folgende Unternehmungen hineingehen: Im Südosten bei Getreide, in Norwegen und Jugoslawien bei Metallen, in Rumänien beim Öl (...)." Zit. Nach: <http://bongards.gmxhome.de/raum/mittel.html> Martin Gerhard Bongards, Marburg 22.03.2005

¹² Richard Riedl Weg zu Europa Gedanken über ein Wirtschaftsbündnis Europäischer Staaten (W.E.St.)
In: Reinhard Opitz (Hg.): Europastrategien des deutschen Kapitals 1900-1945, Bonn (1994, S. 990-1007
<http://www.german-foreign-policy.com/de/hist-archiv/dgw.php>

¹³ Ludolf Herbst Die Bundesrepublik in den Europäischen Gemeinschaften
In: Wolfgang Benz (Hg.): Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Band 2: Wirtschaft
Frankfurt am Main, 1989

¹⁴ Stefan Eggerdinger Maastricht II und die Europastrategien des deutschen Kapitals
In: Streitbarer Materialismus Nr. 21 (1997), S. 7-62

¹⁵ Süddeutsche Zeitung, 11./12.2.1995 Zit. n.:
Thörner, Klaus: Deutscher Kaukasusimperialismus, in: Wider den Zeitgeist: Analysen zu
Kolonialismus, Kapitalismus und Imperialismus, S. 148 ff. Bibliotheks- und Informationssystem der
Universität Oldenburg, Oldenburg 1996

¹⁶ Von Pierer ebenfalls Vorstandsvorsitzender von Siemens in einem Wirtschaftswoche-Interview vom
14.02.95 zit. ISW 23

¹⁷ „Stabile Profitraten, die zwar durch die steigende organische Zusammensetzung des Kapitals unter
Druck geraten, diesen Druck aber z.B. durch eine spezifische Arbeitsorganisation abfangen können
(siehe dazu auch das 14. Kapitel bei K[arl] M[arx] im 3. Buch [des Kapitals], Tendenzen, die dem
tendenziellen Fall der Profitrate entgegen wirken). Diese Arbeitsorganisation aber eben eine dem
tendenziellen Fall der Profitrate entgegenwirkende Tendenz und damit Bestandteil des
gesellschaftlichen Gefüges, eben der REGULATION.“
Martin Gerhard Bongards <http://bongards.gmxhome.de/Struktur.html> 24.03.2005

¹⁸ Zbigniew Brzezinskis Buch «Die einzige Weltmacht» läßt – sollte sie nicht nur bei den US-
Amerikanern weiterhin Anhänger und Dulder finden - auch für Europa und seine Teilstaaten nur eine
Vasallen-Rolle übrig. Angestrebt wird eine US-Hegemonie. »Zwei grundlegende Schritte sind deshalb
erforderlich: erstens, die geostrategisch dynamischen Staaten Eurasiens auszumachen, die die
internationale Kräfteverteilung möglicherweise entscheidend zu verändern imstande sind, sowie die
zentralen außenpolitischen Ziele ihrer jeweiligen politischen Eliten zu entschlüsseln und die sich
daraus wahrscheinlich ergebenden politischen Konsequenzen zu antizipieren; [...] zweitens, eine

spezifische US-Politik zu formulieren, die in der Lage ist, die unter Punkt eins skizzierten Verhältnisse auszubalancieren, mitzubestimmen und/oder unter Kontrolle zu bekommen [...]
Bedient man sich einer Terminologie, die an das brutalere Zeitalter der alten Weltreiche gemahnt, so lauten die drei großen Imperative imperialer Geostrategie:

Absprachen zwischen den Vasallen zu verhindern und ihre Abhängigkeit in Fragen der Sicherheit zu bewahren, die tributpflichtigen Staaten fügsam zu halten und zu schützen und dafür zu sorgen, dass die >Barbaren-<Völker sich nicht zusammenschließen. «

Geheimsache 09/11

Zit. Nach Hintergründe zum 11. September und die Logik amerikanischer Machtpolitik
von Nafeez M. Ahmed 2002

<http://www.businesswebwerk.de/subdomains/archiv/archiv/2001/zbing.html>

¹⁹ Allen, die tiefer in den Entstehungsprozess dieser Supermacht Europa und auch der Rolle der Bundesrepublik Deutschland dabei einsteigen möchten sei besonders zur Lektüre empfohlen das Buch von Gerald Oberansmayer, einem Mitarbeiter der Friedenswerkstatt Linz (www.friwe.at):
Auf dem Weg zur Supermacht, Wien 2004.

Aus dem Klappentext:

“Das Buch beschäftigt sich ausführlich mit dem Prozess der Militarisierung Europas. Eine 60.000 Mann starke EU-Interventionsarmee soll europäische Werte samt ökonomischer Inwertsetzung rund um den Globus tragen. Osteuropa, Afrika, der Nahe und Mittlere Osten liegen im expliziten Hinterhofradius dieser Truppe. Am Balkan und in Afrika absolviert die EU Interventionsarmee ihren ersten Probegalopp. Das Buch analysiert faktenreich und in leicht lesbarer Form verschiedene Aspekte der EU-Militarisierung: die historisch-politische Entwicklung, die Debatte um die EU-Verfassung, den Aufbau der Interventionstruppen, die Rüstungsprojekte für Angriffskrieg und Massenvernichtung und die EU-Rüstungsindustrie.“